

28.6.2017 - [Redaktionsmeldungen](#)

## **Gesetzliche Regelung muss geprüft werden**

Bei der Frühjahrskonferenz am 21. und 22. Juni 2017 in Deidesheim in der Pfalz sprachen sich die Justizministerinnen und Justizminister für eine **Prüfung der gesetzlichen Regelung des Wechselmodells** und seiner Folgen aus. Die gemeinsam gefassten Beschlüsse der Justizministerkonferenz sind ein wichtiges Instrument, um die rechtspolitischen Interessen der Länder gegenüber dem Bund zu vertreten.

## **Rechtspolitik muss sich der Diskussion um Wechselmodell stellen**

In ihrem Beschluss moniert die Justizministerkonferenz, dass es „bislang weder eine ausdrückliche **gesetzliche Grundlage für die gerichtliche Anordnung einer Betreuung** der Kinder nach Trennung oder Scheidung der Eltern im ‚Wechselmodell‘ als Alternative zum Residenzmodell, noch eine adäquate gesetzliche **Regelung seiner unterhaltsrechtlichen Folgen** gibt.“ Die Rechtspolitik müsse sich unbedingt der Diskussion um das „Wechselmodell“ stellen und prüfen, ob und welche gesetzlichen Regelungen dazu geboten seien. Der gesamte Beschluss ist auf der [Website der Justizministerkonferenz](#) abrufbar.

Die Justizministerkonferenz ist zentrales Forum des Meinungs- und Erfahrungsaustausches und dient der **Abstimmung in rechtspolitisch bedeutenden Vorhaben**. Mit beratender Stimme nimmt auch der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz an den Sitzungen teil. 2017 hat das Bundesland Rheinland-Pfalz den Vorsitz der 88. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder. Es ist damit Organisator und Gastgeber für die Frühjahr- und Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister.